

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

26. Mai 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Bei einem Raketenangriff der Taliban in der südafghanischen Provinz Helmand wurden am 18.05.14 drei Kinder getötet. Eine Rakete traf statt eines Armee-Checkpoints ein Wohnhaus.

Bei einem Bombenanschlag auf afghanische Sicherheitskräfte am 19.05.14 in der westafghanischen Provinz Herat kamen keine Menschen zu Schaden.

Im Bezirk Yomgan der nordostafghanischen Provinz Badakhshan griffen Taliban-Kämpfer am 20.05.14 Kontrollposten der afghanischen Sicherheitskräfte an und töteten mindestens sechs Polizisten, 27 wurden gefangengenommen. 24 der Gefangenen wurden nach Verhandlungen zwischen Stammesältesten und den Taliban am 25.05.14 freigelassen. Nach Behördenangaben sei der Distrikt nach einer erfolgreichen Militäroffensive seit 23.05.14 wieder unter Kontrolle der afghanischen Sicherheitskräfte. Die Taliban kontrollierten jedoch Teile angrenzender Distrikte (Jurm und Keran Wa Manjan).

Am 23.05.14 griffen Bewaffnete das indische Konsulat in der westafghanischen Stadt Herat an. Sicherheitskräfte konnten den Angriff abwehren. Noch hat sich niemand zu dem Angriff bekannt.

Pakistan

Anschläge

Am 21.05.14 wurden im Distrikt Panjgour der Provinz Balochistan ein Lehrer und fünf seiner Familienmitglieder von Unbekannten erschossen. In Balochistan sind seit 2004 separatistische Gruppen aktiv. Lehrer werden häufig zur Zielscheibe sowohl der Separatisten als auch der Sicherheitskräfte.

Am 24.05.14 ereigneten sich drei Bombenanschläge: Zwei in Islamabad und einer im Distrikt Mohmand der westpakistanischen Stammesgebiete. Bei den Anschlägen wurden sechs Soldaten und ein Zivilist getötet.

Angriffe auf Taliban

Bei Angriffen der pakistanischen Luftwaffe im Grenzgebiet zu Afghanistan (Nordwaziristan) sollen nach Militärangaben am 21.05.14 mindestens 32 Menschen getötet worden sein. Erste Presseberichte sprachen von 50 getöteten Extremisten und über 80 Verletzten. Auch Zivilisten sollen betroffen gewesen sein.

Interfraktionelle Kämpfe

Seit März 2014 kommt es innerhalb des Mehsud-Stammes zu Kämpfen um die Kontrolle in Südwestwaziristan. Dabei sollen bisher über 90 Menschen umgekommen sein. Die interfraktionellen Kämpfe behindern die Friedensgespräche der Taliban mit der pakistanischen Regierung.

Irak

Sicherheitslage

Nach wie vor kommt es täglich zu Anschlägen. Nach Zählung von Iraq Body Count wurden im Mai (Stand: 25.05.14) bisher 800 Zivilpersonen getötet. Nach Zählung der Nachrichtenagentur AFP wurden im Mai

(Stand: 24.05.14) bisher 866 Menschen getötet, davon 47 Polizisten, 96 Soldaten, elf Mitglieder der Sahwa und 425 Extremisten.

Ergebnis der Parlamentswahl vom 30.04.2014

Die „Allianz für den Rechtsstaat“ des amtierenden schiitischen Ministerpräsidenten Nouri al-Maliki ging als stärkstes Bündnis aus der Wahl hervor, gefolgt von den schiitischen Bündnissen al-Ahrar von Moqtada al-Sadr und al-Mowatin unter Führung von Ammar al-Hakim. Beobachter erwarten, dass die Regierungsbildung schwierig werden wird.

Syrien

Armee beendet Belagerung des Zentralgefängnisses in Aleppo

Nach 13 Monaten gelang es der syrischen Armee, einen Belagerungsring islamistischer Rebellen um das Zentralgefängnis in Aleppo nach rund 13 Monaten aufzuheben. Dies meldete die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte am 22.05.14 unter Berufung auf Gefängnisinsassen. In dem Gefängnis sollen sich derzeit mehr als 3.000 Häftlinge befinden, deren Versorgung sich seit Beginn der Blockade stark verschlechtert hatte. Dutzende sollen infolge von Unterernährung oder fehlenden Medikamenten gestorben sein. Zu den Rebellen, die das Gefängnis belagert hatten, gehörten auch Kämpfer der Al-Nusra-Front. Durch den Vorstoß der Truppen Assads verlieren die Rebellen einen wichtigen Nachschubweg zur türkischen Grenze.

Einsatz von Chemiewaffen

Am 22.05.14 soll es Angaben Oppositioneller zufolge erneut einen Angriff mit Chemiewaffen gegeben haben. Regierungstruppen hätten in der Provinz Hama Fassbomben mit Chlorgas abgeworfen. Zentrum des Angriffs soll der Ort Kafr Sita gewesen sein. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch sprach von „starken Hinweisen“ auf den Einsatz von Chlorgas in fünf Fällen im Norden Syriens. Die syrische Regierung bestreitet dies.

Sicherheitslage

Bei einem Anschlag auf eine Wahlkampfveranstaltung von Anhängern Assads in der Stadt Dara'a am Abend des 22.05.14 sollen mindestens 21 Menschen getötet worden sein, darunter 11 Zivilisten. 30 Menschen wurden verletzt.

Bei einem Autobombenanschlag in Homs am 25.05.14 in einem überwiegend von Alawiten bewohnten Viertel sollen mindestens acht Menschen ums Leben gekommen sein, 22 wurden verletzt.

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte forderte der Bürgerkrieg bislang mehr als 160.000 Todesopfer.

Erneut Veto im Sicherheitsrat

Russland und China verhindern zum 4. Mal einen Resolutionsentwurf zu Syrien. Damit blockieren sie, dass sich der Internationale Strafgerichtshof mit der Gewalt befasst und die Menschenrechtsverletzungen durch Regierungstruppen und regierungstreue Milizen sowie bewaffnete nichtstaatliche Gruppen im syrischen Bürgerkrieg untersucht.

Libanon

Präsidentenwahl wieder gescheitert

Das libanesische Parlament ist auch beim fünften Versuch der Wahl eines neuen Staatspräsidenten gescheitert. Für eine rechtsgültige Abstimmung seien am 22.05.14 erneut nicht genügend Abgeordnete anwesend gewesen, teilte Parlamentspräsident Nabih Berri mit. Der von der schiitischen Hizbollah angeführte Block hatte die Abstimmung, wie bereits am 15.05.14, boykottiert. In Libanon kann nur ein maronitischer Christ Präsident werden. Weder der Hizbollah-Block noch das rivalisierende Lager „14. März“ konnten sich auf einen Kandidaten einigen. Die Lage im Land ist wegen des syrischen Bürgerkrieges ohnehin extrem angespannt. Die Amtszeit von Präsident Michel Suleiman endet am 25.05.14. Berri teilte mit, die Wahlsitzung des Parlaments werde bis dahin fortgesetzt.

Jemen

Mutmaßliche AQAP-Mitglieder festgenommen

Sicherheitskräfte haben in der Hauptstadt Sanaa 40 mutmaßliche Mitglieder der „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAP) festgenommen, die Anschläge auf Angehörige der Sicherheitskräfte vorbereitet haben sollen. Nach 20 weiteren Mitgliedern der AQAP werde noch gefahndet, meldete das Nachrichtenportal „News Yemen“ am 22.05.14 unter Berufung auf das Innenministerium. In den vergangenen Monaten waren in Sanaa mehrfach Ausländer angegriffen worden, darunter auch Diplomaten. Der Kampf gegen die AQAP ist momentan nicht die einzige Herausforderung für die schwachen Sicherheitskräfte. In der Hafencity Aden hatten am 21.05.14 tausende Anhänger einer Separatistenbewegung für eine Abspaltung des Südens demonstriert. Sie erinnerten dabei an die Unabhängigkeitserklärung des Südjemen vom 21.05.94. Diese hatte zu einem Bürgerkrieg geführt, aus dem die Truppen des Nordens als Sieger hervorgingen.

Türkei

Zwei Tote bei Protesten

Bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizisten bei Protesten wegen des Grubenunglücks von Soma wurde in Istanbul am 22.05.14 ein Mann durch einen Kopfschuss getötet. Der 30-Jährige sei von einer verirrten Kugel getroffen worden, als er in der Nähe einer Demonstration an einer Beisetzung teilnahm, sagte der stellvertretende türkische Regierungschef Bülent Arinc. Die Polizei habe Tränengas gegen die Demonstranten eingesetzt und Warnschüsse abgegeben. Es wurden Ermittlungen eingeleitet und die Waffen von 20 Sicherheitskräften eingezogen, um zu klären, wer den tödlichen Schuss abgegeben habe. Einen Tag danach erlag ein weiterer Mann in Istanbul seinen Verletzungen. Er sei, so offizielle Angaben, in der Nacht bei Unruhen von einer Splittergranate getroffen worden, zudem seien mindestens acht Personen, darunter Polizisten, verletzt worden. Die Proteste waren eine Reaktion auf einen Todesfall vom Vortag.

Iran

Verhaftungen wegen eines Tanzvideos

Sechs iranische Jugendliche wurden kurze Zeit verhaftet, weil sie eine Version von Pharell Williams' Hit-Video „Happy“ ins Internet gestellt hatten. Der Clip zeigt drei junge Männer und drei unverschleierte junge Frauen, wie sie zu dem Song tanzen und singen. Gemäß dem seit der schiitischen Revolution von 1979 geltenden Recht müssen Frauen sich in der Öffentlichkeit von Kopf bis Fuß verschleiern. Eine eigene „Sittenpolizei“ überwacht die Einhaltung der Vorschriften. Das Internet wird zudem durch eine „Cyber-Police“ intensiv überwacht.

Gericht verbietet Fotodienst Instagram

Nach der Blockade von Facebook, Twitter und Youtube ordnete ein Teheraner Gericht nun auch eine Sperre des Fotodienstes „Instagram“ an. Es gebe Bedenken, dass die Privatsphäre der Nutzer nicht ausreichend geschützt sei, so die Begründung.

Iranischer Geschäftsmann hingerichtet

Am 24.05.14 wurde in Teheran ein wegen Unterschlagung verurteilter Geschäftsmann hingerichtet. Mahafarid Amir Chosrawi, auch bekannt als Amir Mansour Aria, sei im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran gehängt worden, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Irna. Chosrawi soll im Zentrum eines Betrugsskandals gestanden haben, bei dem mit gefälschten Dokumenten Kredite bei einer der größten Banken des Irans erschwindelt wurden. Mit den Geldern hätten die Täter Vermögenswerte aufgekauft, darunter wichtige Staatskonzerne. Der Betrug hatte einen Umfang von umgerechnet 1,9 Milliarden €. Chosrawi besaß mehr als 35 Unternehmen.

Ägypten

Verurteilungen und Freisprüche für Muslimbrüder

Am 19.05.14 verurteilte ein Gericht in Alexandria einen Anhänger Präsident Mursis zum Tod und 18 zu lebenslanger Haft wegen Mordes und Gewalt bei einer Demonstration im Juli 2013. Die übrigen der insgesamt 62 Angeklagten verurteilte das Gericht zu Haftstrafen von zehn bis 15 Jahren.

Ebenfalls am 19.05.14 sprach in Kairo ein Gericht 169 Unterstützer der Muslimbruderschaft im Zusammenhang mit einer gewalttätigen Demonstration im August 2013 von dem Vorwurf der Teilnahme an einer illegalen Versammlung frei.

Anschlag auf Sicherheitskräfte

Bei einem Angriff auf Sicherheitskräfte vor der al-Azhar-Universität in Kairo kamen drei Polizisten ums Leben, elf Personen wurden verletzt. Bewaffnete hatten auf einen Kontrollposten vor der Universität das Feuer eröffnet.

Mubarak zu drei Jahren Haft verurteilt

Am 21.05.14 verurteilte ein Gericht in Kairo den früheren Präsidenten Mubarak wegen der Veruntreuung von umgerechnet 13,5 Mio. € öffentlicher Gelder zu drei Jahren Haft. Seine Söhne Alaa und Gamal erhielten Haftstrafen von je vier Jahren. Mubarak und seine Söhne hatten Finanzmittel, die für Renovierung und Unterhalt der Präsidentenpaläste bestimmt waren, für private Wohnsitze verwendet.

Gegen Mubarak ist derzeit auch ein Strafverfahren wegen des Todes von mehr als 800 Demonstranten während der Proteste, die zu seiner Absetzung geführt hatten, anhängig. Ihm droht die Todesstrafe.

Terroristenführer getötet

Auf der Sinai-Halbinsel soll der Führer der „Ansar Beit al-Makdis“, Schadi al-Menai, erschossen worden sein. Zusammen mit ihm sollen drei ranghohe Angehörige der islamistischen Organisation, die der al-Qaida nahesteht, den Tod gefunden haben. Die Umstände von al-Menais Tod sind unklar. Aus Kreisen der Sicherheitskräfte verlautete, er sei im Vorfeld eines von der Terrororganisation geplanten Anschlags auf eine Gaspipeline erschossen worden. Anderen Angaben zufolge töteten Beduinen al-Menai aus Rache für eine Operation der Ansar gegen ihren Stamm. Die Terrororganisation selbst bestreitet, dass al-Menai tot ist.

Die USA hatten im April 2014 die Ansar Beit al-Makdis auf die Liste der ausländischen Terrororganisationen gesetzt. Seit dem Sturz von Präsident Mursi verübt sie vor allem im Norden der Halbinsel zahlreiche Anschläge auf die Sicherheitskräfte.

Präsidentenwahlen

Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen finden am 26. und 27.05.14 die Präsidentenwahlen statt. Als Favorit gilt der frühere Armeechef Abdul Fattah al-Sisi. Einziger Gegenkandidat ist der linksnationalistische Politiker Hamdin Sabahi. Die Muslimbrüder riefen zum Boykott der Wahl auf. Das Ergebnis soll am 05.06.14 verkündet werden.

Libyen

Unterstützung für Haftar

In der vergangenen Woche kam es zu weiteren Kämpfen zwischen den Truppen von Ex-General Chalifa Haftar und islamistischen Milizen. Aus Tripolis wurde am 21.05.14 von Schüssen und Explosionen berichtet. Nach Meldungen des Nachrichtenportals „Al-Wasat“ sollen sich zudem Grenzsoldaten in der östlichen Stadt Tobruk und ein Bataillon aus Südlibyen der Miliz Haftars angeschlossen haben. Auch der libysche Kulturminister Habib Lamin unterstütze den 71-jährigen pensionierten General Haftar, ebenso der Oberkommandierende der Luftwaffe al-Abani.

Haftar rief am 21.05.14 die Regierung auf, die Macht an den als unabhängig geltenden Obersten Rat der Richter abzugeben. Parlamentspräsident Sahmain ordnete eine Festnahme aller Militärs an, die sich Haftar angeschlossen hatten; diese Anordnung blieb bisher ohne Folgen. Er beauftragte zudem eine den Muslimbrüdern nahestehende Miliz aus Misrata mit dem Schutz des Parlaments, was von den Parlamentariern am 22.05.14 heftig kritisiert wurde. Der kürzlich gewählte neue Übergangsregierungschef Ahmed Maitiq

erklärte am 21.05.14, er halte an seiner Absicht fest, eine neue Regierung zu bilden und am 25. Juni solle ein neues Parlament gewählt werden.

Nach der Eskalation der Gewalt erwägen die USA eine Evakuierung ihrer Botschaft in Tripolis. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate schlossen bereits am 19.05.14 vorsorglich ihre diplomatischen Vertretungen in Tripolis. Die Deutsche Botschaft bleibt weiterhin geöffnet.

Marokko

Ausbau der marokkanisch-spanischen Grenzbefestigung

Marokko hat nach Berichten spanischer Medien begonnen, in der Nähe der Exklave Melilla einen drei Meter tiefen und drei Meter breiten Graben auszuheben und einen mit Nato-Draht versehenen Zaun parallel zum spanischen Grenzzaun zu errichten. Seit dem Unglück am Strand von El Tarajal am 06.02.14, bei dem hunderte Personen aus Ländern südlich der Sahara versuchten, nach Ceuta zu schwimmen, ertranken 14 unter Beschuss marokkanischer Sicherheitskräfte, suchen Marokko und Spanien nach Möglichkeiten, die Grenze bei Ceuta und Melilla besser zu sichern.

Frau nach Bootsunglück vermisst

Am 24.05.14 ist ein Boot von der marokkanischen Küste kommend vor der Isla del Perejil (Petersilieninsel) gesunken. Sieben der acht Schiffbrüchigen aus Ländern südlich der Sahara schafften es zur Insel zu schwimmen, während eine Frau vermisst wird. Ein Helikopter der spanischen Seerettung brachte die acht Personen von der Insel zum Hafen von Tarifa (Spanien).

Guinea-Bissau

Stichwahl um Präsidentenamt

José Mário Vaz von der Regierungspartei „Afrikanische Partei der Unabhängigkeit für Guinea-Bissau und die Kapverden“ (PAIGC) gewann mit 61,9 Prozent der Stimmen die Stichwahl um das Präsidentenamt vom 18.05.14 vor dem unabhängigen Kandidaten Nuno Gomes Nabiam (38,1 Prozent). Der Wahlgang war notwendig geworden, nachdem keiner der insgesamt 13 Kandidaten im ersten Wahlgang am 13.04.14 eine absolute Mehrheit erzielt hatte (vgl. BN v. 22.04.14).

Nigeria

Bombenanschläge in Jos

Am 24.05.14 sprengte sich gegen 21:30 Uhr in der Stadt Jos (Hauptstadt des zentralnigerianischen Bundesstaates Plateau) an der „Bauchi Road“ ein Selbstmordattentäter, vermutlich ein Angehöriger der islamistischen Organisation Boko Haram, in seinem Fahrzeug in die Luft, nachdem er aufgefordert worden war, sein Fahrzeug an einer anderen Stelle zu parken. Ziel des Anschlags war wohl eine Public-Viewing-Veranstaltung in der Nähe des Explosionsortes, bei der rund 1.700 Zuschauer die Fernsehübertragung des Finales der Fußball-Champions-League sahen.

Am 22.05.14 detonierte gegen 14:30 Uhr auf dem „Terminus-Markt“ genannten Hauptmarkt eine Autobombe. Nach einer halben Stunde explodierte eine weitere Autobombe, die vor allem Rettungskräfte tötete, die den Opfern der ersten Explosion zu Hilfe kamen. Insgesamt wurden bei dem der islamistischen Organisation Boko Haram zugeschriebenen Anschlag mindestens 122 Menschen getötet.

Mali

Waffenruhe vereinbart

Am Abend des 23.05.14 unterzeichneten die malische Regierung und die in der Nationalen Befreiungsbewegung von Azawad zusammengeschlossenen Rebellengruppen der Tuareg unter Vermittlung der Afrikanischen Union (AU) ein Waffenstillstandsabkommen. Dieses gilt je nach Quelle ab Unterzeichnung bzw. ab 24.05.14.

Bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens hatten die Rebellen im Norden außer Kidal auch andere Städte wie Mènaka, Tessalit und Anefis unter ihre Kontrolle gebracht und der Armee erhebliche Verluste zugefügt. So sprach der Verteidigungsminister am 25.05.14 davon, dass bei den jüngsten Kämpfen 50 Soldaten gefallen seien.

Kenia

Hunderte Somali abgeschoben

Wie Human Rights Watch (HRW) am 20.05.14 berichtete, schoben kenianische Behörden seit Beginn der „Operation Usalama Watch“ zur Identifizierung illegal im Lande Lebender Anfang April (vgl. BN v. 14.04.14) insgesamt 359 Somali ab, darunter mindestens drei registrierte Flüchtlinge. Am 20.05.14 seien 98 Personen nach Mogadischu abgeschoben worden, so HRW. Nach offiziellen Angaben wurden bis zum 13.05.14 insgesamt 442 Personen abgeschoben, darunter 310 Somali, die sich illegal im Land befanden, keine ausreichenden Papiere besaßen, verbotene Waffen hatten oder anderer Vergehen beschuldigt wurden.

Somalia

Zahlreiche Tote bei Anschlag auf Parlament

Bei einem Anschlag auf den Sitz des Parlaments in Mogadischu starben am 24.05.14 mindestens 24 Menschen, darunter vier Angreifer und vier Wachleute. Zunächst explodierte eine Autobombe vor dem Gebäude, das anschließend von Bewaffneten gestürmt wurde. Es folgten mehrstündige Kämpfe. Nach Angaben von Regierungschef Abdiweli Shaikh Ahmed konnten alle Parlamentsmitglieder in Sicherheit gebracht werden. Innenminister Abdikarim Hussein Guled erklärte seinen Rücktritt. Zu dem Anschlag bekannte sich die al-Shabaab.

Südsudan

Zusagen für Hilfgelder

Am 20.05.14 sagten Geberstaaten in Oslo Hilfen in Höhe von 600 Mio. USD für das von einer Hungersnot bedrohte Land zu. Damit erhöht sich die Summe der in Aussicht gestellten Gelder auf 1,2 Mrd. USD. Zur Verhinderung einer Hungersnot sind den Vereinten Nationen zufolge 1,8 Mrd. USD für das Jahr 2014 erforderlich. Nach Angaben des „World Food Programme“ vom 23.05.14 haben sich trotz des am 09.05.14 zwischen Regierung und Rebellen geschlossenen Waffenstillstands die Zugangsmöglichkeiten für schwer erreichbare Gebiete nicht verbessert.

Kämpfe in Upper Nile

Neue Kämpfe, die am 22.05.14 im Bundesstaat Upper Nile ausbrachen, vertrieben mehr als 2.000 Menschen. Die meisten suchten Zuflucht in Äthiopien. Regierung und Rebellen beschuldigten sich gegenseitig der Verletzung des Waffenstillstands. Nach Angaben des Sondergesandten der US-Regierung für Sudan und Südsudan hat sich die Intensität der Kämpfe seit Abschluss des Waffenstillstandsabkommens im Mai verringert. Er rief am 23.05.14 zu einer raschen Stationierung von Truppen aus Staaten der Region auf. Sie sollen Beobacherteams schützen, die den brüchigen Waffenstillstand überwachen.

Ukraine

Poroschenko zum neuen Präsidenten gewählt

Der Milliardär Petro Poroschenko wurde am 25.05.14 zum neuen Präsidenten gewählt. Laut vorläufigem Endergebnis kam er auf rund 56 Prozent der Stimmen und setzte sich damit bereits im 1. Wahlgang durch. Ex-Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko erzielte rund 13 Prozent. Der Populist Oleg Lyaschko von der Radikalen Partei erreichte rund neun Prozent der Stimmen und kam auf den dritten Platz. Die Wahlbeteiligung betrug ersten Angaben zufolge zwischen 60 und 70 Prozent der insgesamt 35 Millionen Wahlberechtigten.

Poroschenko erklärte sich am Wahlabend zum Sieger und forderte eine Parlamentswahl noch in diesem Jahr. Er versprach die Integration seines Landes in Europa. Seine erste Reise werde ihn aber in die russisch geprägte Region Donbass führen. An Russland gerichtet sagte er, dass die „Besetzung der Krim“ niemals akzeptiert werde. Weiter führte Poroschenko aus, dass er zu Verhandlungen mit den pro-russischen Rebellen erst bereit sei, wenn diese ihre Waffen ablegten. Bei der Stimmabgabe am Wahltag hatte Poroschenko angekündigt, für Stabilität sorgen zu wollen. „Zuerst müssen wir allen Bürgern der Ukraine Frieden bringen“, sagte der Milliardär in Kiew. „Die Bewaffneten müssen von den Straßen der Städte und Dörfer verschwinden.“ Der Oligarch Poroschenko ist einer der reichsten Männer der Ukraine, unter anderem gehört ihm der Schokoladenhersteller Roshen.

Keine geordnete Wahl in östlichen Gebieten

In den östlichen Gebieten Donezk und Luhansk verhinderten pro-russische Separatisten vielerorts eine Abstimmung. Nur ein Bruchteil der Wahllokale öffnete überhaupt. In Donezk demonstrierten mehrere Tausend gegen die Präsidentenwahl.

Kolumbien

Präsidentenwahlen

In den ohne Zwischenfälle verlaufenen Präsidentenwahlen vom 25.05.14 konnte sich keiner der fünf Kandidaten mit einer absoluten Mehrheit durchsetzen. Die beiden Bestplatzierten, der amtierende Staatschef Juan Manuel Santos und Óscar Iván Zuluaga, erreichten 29,3 bzw. 25,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Am 15.06.14 wird zwischen den beiden, die dem konservativen Lager angehören, eine Stichwahl entscheiden. Während sich Präsident Santos im Wahlkampf für eine Fortsetzung der seit Herbst 2012 laufenden Friedensgespräche mit der Guerillagruppe „Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia“ (FARC) ausgesprochen hatte, will Zuluaga nur weiter mit den Rebellen verhandeln, wenn sie zuvor die Waffen niederlegen. Die FARC und die Rebellengruppe „Ejército de Liberación Nacional“ (ELN) hatten für die Wahlen einen einseitigen Waffenstillstand vom 20. bis zum 28.05.14 verkündet.

China

Anschlag in Xinjiang; Sicherheitsmaßnahmen

Ein Anschlag in Ürümqi, Hauptstadt der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang, am 22.05.14 forderte 39 Todesopfer und etwa 90 Verletzte. Auch vier Attentäter kamen ums Leben, einer wurde festgenommen. Sie warfen aus zwei Geländewagen Sprengsätze auf einen Gemüsemarkt in einem vor allem von Han-Chinesen bewohnten Viertel. Dann explodierte einer der beiden Wagen. Informationen zu den Tätern wurden bislang nicht bekannt. Dies war der schwerste Anschlag in Xinjiang seit den Unruhen von Ürümqi im Jahr 2009, in deren Verlauf fast 200 Menschen starben.

Angesichts der Anschläge der letzten Monate wurden die Sicherheitsmaßnahmen landesweit verschärft. In Xinjiang begann am 23.05.14 eine einjährige Anti-Terror-Kampagne. Staatlichen Medien zufolge wurden dort im Mai mehr als 200 Verdächtige festgenommen und 23 „terroristische und extremistische religiöse Gruppen“ ausgehoben.

Polizei schießt auf demonstrierende Uiguren

Am 20.05.14 demonstrierten hunderte Uiguren in der Präfektur Aksu in Xinjiang für die Freilassung von bis zu 25 Frauen und Mädchen. Diese waren festgenommen worden, weil sie Kopftücher trugen, die ihre Gesichter zum Teil bedeckten. Die Polizei schoss auf die Demonstranten. Zwei Personen sollen dabei getötet worden sein. Mehr als 100 Demonstranten wurden festgenommen. Nach Darstellungen aus der Bevölkerung waren die Behörden in den Tagen zuvor mit Festnahmen gegen bärtige Männer sowie Frauen und Mädchen mit Kopftüchern und Schleiern vorgegangen.